

„Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M. postfrei. Die einzige Nummer kostet 10 Pfennig.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle des Verlegers, Briefetal-Druckerei 5 und von allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Die unangenehmsten Postgebühren betragen 25 Pfennig, die Rückantwort 1 Mark.

Briefetal-Bote

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehmitz, Stolpe



für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Sprechsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Hauszinssteuer.

1. Durch ein vom Landtag am 23. Juni 1926 beschlossenes Gesetz wird die Hauszinssteuer mit Wirkung vom 1. 7. 1926 auf den sechsfachen Betrag der staatlichen vorläufigen Steuer von Grundvermögen erhöht. Die Steuer wird wie bisher am 15. eines Monats fällig; der erhöhte Steuerbetrag ist also zum ersten Male am 15. 7. 1926 zu entrichten. Eine besondere Benachteiligung ergibt im allgemeinen an die Steuerpflichtigen nicht.

2. Soweit Grundstücke, die unter die Befreiungsvorschriften des § 2a der Pr. St.-N. V. fallen, zur Hauszinssteuer herangezogen sind, steht dem Steuerpflichtigen das Recht des Einpruchs hiergegen zu; dieser ist bis zum 15. 10. 1926 beim Vorsitzenden des Grundsteuerausschusses (Katasteramt) anzubringen. Bei begründeten Einsprüchen tritt die Befreiung (Grundrückstellungen), die für gewerbliche Zwecke genutzt werden, kann unter Umständen eine Herabsetzung der Hauszinssteuer dadurch erzielt werden, daß der Veranlagung eine angemessene Grundvermögenssteuer von 4 v. H. des nach den Vorschriften des Gebäudeversteuergesetzes vom 21. 5. 1861 (G. S. 317) festgestellten oder schätzfesten Gebäudewertes zugrunde gelegt wird (§ 2 Abs. 2 b der Pr. St.-N. V.).

3. Bei Grundstücken (Grundrückstellungen), die für gewerbliche Zwecke genutzt werden, kann unter Umständen eine Herabsetzung der Hauszinssteuer dadurch erzielt werden, daß der Veranlagung eine angemessene Grundvermögenssteuer von 4 v. H. des nach den Vorschriften des Gebäudeversteuergesetzes vom 21. 5. 1861 (G. S. 317) festgestellten oder schätzfesten Gebäudewertes zugrunde gelegt wird (§ 2 Abs. 2 b der Pr. St.-N. V.).

4. Bei Grundstücken, die am 31. 12. 1918 mit dinglichen privatrechtlichen Lasten nicht oder mit einem Goldmarkbetrage von nicht mehr als 40 v. H. des Friedenswertes belastet waren, ist der Betrag der Steuer auf Antrag des Eigentümers so weit herabzusetzen, daß er bei unbelasteten Grundstücken 375 v. H. bei einer Belastung bis zu 10 v. H. des Friedenswertes 500 v. H. bei einer Belastung bis zu 20 v. H. des Friedenswertes 625 v. H. bei einer Belastung bis zu 30 v. H. des Friedenswertes 750 v. H. bei einer Belastung bis zu 40 v. H. des Friedenswertes 875 v. H. der Grundvermögenssteuer beträgt (§ 3 Abs. 3 der Pr. St.-N. V. in der neuen Fassung).

5. Für diejenigen Grundstücke, die bisher schon mit nur 500 oder 400 v. H. der Grundvermögenssteuer zur Hauszinssteuer herangezogen waren, weil sie am 1. 7. 1914 höchstens bis zu 20 v. H. des Wertes dinglich belastet waren, wird auf Grund der Bestimmungen im vorstehenden Absatz 1 die Steuer durch die Katasterämter neu festgesetzt und den Steuerpflichtigen mitgeteilt werden. Im übrigen erfolgt die Herabsetzung der Steuer nur auf Antrag. Eines erneuten Antrages bedarf es nicht, wenn ein solcher bereits zugleich mit der im Laufe des Jahres abgegebenen Erklärung über die Friedensmiete gestellt worden ist.

6. Für Einmittenhäuser mit einer Wohnfläche von nicht mehr als 50 qm, die bis zum 1. Juli 1918 einfl. bewohnt hergestellt waren und ausfl. von Eigentümer und seiner Familie bewohnt werden, wird auf Antrag des Steuerpflichtigen

a) Steuerbefreiung gewährt, sofern das Einmittenhaus zu diesem Zeitpunkt mit dinglichen privatrechtlichen Lasten nicht oder mit einem Goldmarkbetrage von nicht mehr als 20 v. H. des Friedenswertes belastet war.

b) die Steuer um 250 v. H. der Grundvermögenssteuer, jedoch nicht unter 375 v. H. der Grundvermögenssteuer herabgesetzt, sofern das Einmittenhaus zu dem angegebenen Zeitpunkt mit einem Goldmarkbetrage von nicht mehr als 20 v. H. des Friedenswertes belastet war. (§ 3a der Pr. St.-N. V.)

Die Freistellung oder Ermäßigung wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß das Einmittenhaus zum geringen Teil auf Grund bebaueter Maßnahmen vermerkt war.

7. Anträge gemäß Ziffer 3 bis 6 dieser Bekanntmachung sind beim Vorsitzenden des Grundsteuerausschusses (Katasteramt) bis zum 31. 12. 1926 zu stellen. Die Steuerermäßigung oder Befreiung tritt, sofern die Anträge begründet sind, vom 1. 7. 1926 ab in Wirkung.

Der Vorsitzende des Grundsteuerausschusses.

Bergfelde, den 26. Juli 1926.
Der Gemeindevorsteher, Czchowski.

Hohen Neuendorf

Der Amtsvorsteher macht bekannt:

Schuh des Edelmars.

Der Regierungspräsident in Potsdam hat auf Grund des § 30 des Feld- und Forstpolizeigesetzes nachfolgendes angeordnet: Der Edelmars wird für die Dauer von vorläufig 3 Jahren unter Schuh gestellt.

Uebertretungen dieser Polizeiverordnung sowie der auf Grund derselben etwa ergehenden Anordnungen werden gemäß § 30 des Feld- und Forstpolizeigesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 1926, (Gesetzsammlung S. 83) mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

Abgabe von Angeboten auf die Abfuhr von Säkalien mittels des gemeindeeigenen Abfuhrwagens.

Es ist beabsichtigt, die Abfuhr von Säkalien von den hiesigen bewohnten Grundstücken an den minderefordernenden Fuhrunternehmer neu zu vergeben.

Ich stelle daher allen hiesigen Fuhrunternehmern anheim, Angebote schriftlich in verschlossenem Briefumschlag mit Aufschrift „Säkalienabfuhr“ bis zum 2. August 1926, vormittags 9 Uhr, an mich nach Zimmer 11 einzureichen.

Der Preis ist für je 1 Wagen, der 1200 Liter enthält, frei Abfuhr zu bezahlen. Er ist nach Abgabe der Länge des verwendeten Schlauchs jedoch einheitlich ohne Rücksicht darauf, ob das Grundstück entfernt oder nahe gelegen ist, zu berechnen. Für die Unterbringung des Wagens in einem überdachten Raum dürfen keine besonderen Kosten entstehen.

Den erforderlichen Betriebsstoff liefert die Gemeinde.

Den hinzutretende Leser wollen die Bestimmung dem Briefträger oder Postamt übergeben.

Was gibt es Neues?

— Reichspräsident v. Hindenburg hat gegen die „Kote Sabine“ und den „Anspiegel“ Strafantrag wegen Verleumdung gestellt.

— Poincaré beabsichtigt, die gegenwärtige Wahlzeit der Kammer um zwei Jahre verlängern zu lassen.

— Der in Paris weilende amerikanische Schachmeister Mellon erklärte, daß seine Europareise nur einen privaten Charakter trage.

— Die Rheinlandschiffahrt verboten für das besetzte Gebiet alle Mäzge, die ein militärisches Gepräge tragen.

— In Amerika forderte die Hitze Hunderte von Todesopfern infolge Hitzschlag.

„Ketter“ Poincaré?

Der neue französische Ministerpräsident Poincaré, der am 20. August dieses Jahres 66 Jahre alt wird, bekleidet die Würde des Ministerpräsidenten zum dritten Mal. Er war außerdem während des Weltkrieges, von 1913 bis 1920, Präsident der Republik. Als er 1912 mit Ausbruch die engen Beziehungen anknüpfte, die die Entfremdung Deutschlands vollendet, gaben ihm seine Verehrer nach seiner lothringischen Heimat — er war in Bar-le-Duc geboren — den Beinamen des „großen Lothringers“. Er hat nachher wiederholt seine Volkstümmlichkeit eingekauft, so im September 1914, als die französische Regierung bei der Annäherung der deutschen Heere an Paris nach Bordeaux flüchten mußte.

Nach dem Kriege war Poincaré von 1922—1924 Ministerpräsident. In diese Zeit fällt das Aufräubern, das uns in Deutschland die Inflation, den Franzosen aber auch nicht die erhofften Vorteile brachte. Bei den Wahlen von 1924 erlitt infolge dessen die von Poincaré geführte Rechte eine völlige Niederlage, und Poincaré wurde durch seinen jetzigen zweitägigen Amtsvorgänger Herriot abgelöst. Es ist wohl das beste Zeichen dafür, wie verfahren die Lage in Frankreich sein muß, wenn man ihn jetzt als „Ketter“ wiedergerufen hat. Man hat offenbar ganz vergessen, daß gerade Poincaré es war, der Frankreich in die ungeheure Schuldenlast geführt hat, die zu der jetzigen Finanzkrise geführt hat. Man sieht in ihm nur noch den „starken Mann“, den Herkules, der alles kann, mag es sich darum handeln, mit Böwen zu kämpfen oder einen Herfbesatz zu reinigen.

Den Befähigungsnachweis für solche Vieseltigkeit hat Poincaré bisher noch nicht erbracht. Insbesondere hat sich seine Finanzkunst bisher darin gezeigt, daß er Frankreich in fast völlige Abenteurer verwickelte, als daß er neue Einnahmequellen eröffnete. Poincaré hat den Weltkrieg entfesselt, der Frankreich in eine ungeheure Schuldenlast stürzte, er hat auch nachher durch seine imperialistische Politik, die sich nicht nur an Syrien und Ruhr, sondern auch in Syrien und Marokko zeigte, jede Sanierung der französischen Finanzen verhindert. Will er jetzt den Ausfall der französischen Finanzen reinigen, so muß er jedenfalls andere Methoden anwenden, als er sie bisher gewohnt war.

Wird er das wollen? Wird er das nach seinem ganzen Vorleben können? Bei der Zusammenfassung seines Kabinetts und bei den Mehrheitsverhältnissen in der Kammer kann er gewiß nicht mehr so wirtschaftlichen anpassen. Die Tatsache, daß er das Außenministerium Briand überlassen hat, könnte ja auch darauf schließen lassen, daß er den bisherigen Kurs in der Außenpolitik beibehalten will. Man kann andererseits aber auch darin einen Beweis sehen, daß sich die Außenpolitik Briands nicht wesentlich von der Poincarés unterscheidet. Tatsächlich hat es Briand stets verstanden, mit dem Hinweis auf die drohende Wiederkehr Poincarés seine außenpolitischen Zugeständnisse sehr sparsam zu bemessen und hinterher noch soviel daran herumzubehalten, bis nichts mehr davon übrig blieb. Briand braucht mithin nur diese Taktik in etwas verstärkter Maße fortzusetzen, um sich vollkommen Poincaré anzupassen, zumal dieser sich zunächst auch zurückhalten wird, da zurzeit die Finanzfrage alles andere in den Hintergrund drängen muß.

Poincaré weiß nur zu gut, daß er nur dann seinen früheren Einfluß zurückgewinnen kann, wenn es ihm gelingt, die Finanzen in Ordnung zu bringen. Er wird deshalb schon aus eigenem Interesse alles daran setzen müssen, um dieses Ziel zu erreichen. Dabei ist er allerdings auf die Unterstützung der Kammer angewiesen, sei es auch nur soweit, daß die Kammer sich für einige Zeit selbst ausschaltet und dem Kabinetttätigkeit vollziehen zur Regelung der Finanzen erteilt. Glück es ihm, die parlamentarischen Schwierigkeiten zu überwinden und die Finanzfrage zu lösen, so ergeben sich zwei Möglichkeiten: Entweder steht das französische Volk in Poincaré nur noch den Ketter, der es aus der Papiergeldflut herausgeführt hat, oder aber es steht in ihm nur den Mann, der

ihm neue Steuerlasten ausbüdet, die in Frankreich ganz besonders unbeliebt sind. Im ersten Fall würde Poincaré eine Volkstümmlichkeit erlangen, die bei seinem Ehrgeiz gefährlich werden kann. Im zweiten Fall wird das französische Volk dem „Ketter“ mit Unmut lohnen, obwohl die Sanierung der Finanzen die erste wirklich verdienstliche Tat Poincarés wäre.

Unsere Forderungen in Befähigungsfragen

Bemerkenswerte Äußerungen Dr. Weis. Der Reichsminister für die besetzten Gebiete äußert sich einem Pressevertreter gegenüber über die aktuellen politischen Fragen seines Ministeriums ungefähr wie folgt: Im besetzten Gebiet sind heute gewisse Fortschritte erzielt. Namentlich ist in dieser Beziehung die reiflose Befähigung des Delegiertenbüros hervorzuheben. Auch die Zulassung des Rundfunks möchte ich nicht unerwähnt lassen. Schließlich ist auch das Reichskommissariat für die besetzten rheinischen Gebiete in Koblenz seit Dezember 1925 wieder in Tätigkeit.

Ich will keinen Zweifel darüber lassen, daß ich, wie jeder Politiker der Befähigung, die baldige gänzliche Befähigung der Befähigung als eine logische Folgerung des neuen Politik vertritt.

In förmlicher Weise hat uns die Vorkonferenz vom November 1925 eine wesentliche Herabsetzung der Befähigungssätze auf annähernd die normalen Ziffern zugesagt. Der Begriff der normalen Ziffern hat nur dem Sinn, daß die deutsche Friedensorganisationsstärke im dem betreffenden Gebiet zugrunde gelegt wird, d. h. eine Stärke von höchstens 50.000 Mann. Diese Auslegung hat die französische Regierung widerspruchslos hingenommen. Tatsächlich stehen aber im besetzten Gebiet heute noch rund 85.000 Mann.

Die Handhabung der Militärjustiz hat sich in manchen Fällen gebessert. Die Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, der Vereinsfreiheit und der Pressefreiheit in den Erdmännchen werden viel zu weit und müssen wesentlich gemildert werden. Wiederholt habe ich den Geist der Befähigung anrufen. Dieser Geist muß aber auf beiden Seiten herrschen. Die tief bebauerischen Ausführungen einiger Befähigungsangehöriger, zumal in allerletzter Zeit, haben diesen Geist sehr vermischen lassen. Um die dringend notwendigen Reformen, die ich lassen.

Gegen „politische“ Rechtsprechung.

Dann kam der Minister auf den Aufgabekreis der Rechtsjustizverwaltung zu sprechen, dessen eigentlich unpolitischen Charakter er nachdrücklich betonte. Die Handhabung der Strafjustiz und insbesondere der politischen Prozesse bilde aber den Gegenstand leidenschaftlicher Erörterungen in den Parlamenten und in der breiten Öffentlichkeit, was für die Rechtsjustizverwaltung ein Gegenstand erster Sorge sei. Der Minister betonte, daß allgemeine Vorwürfe in dieser Beziehung nicht begründet seien. Es handele sich nur um einzelne richterliche Fehlurteile, und es wäre gegenüber der Gesamtheit des Richterstandes ein schweres Unrecht, wenn man diese Einzelercheinungen verallgemeinern wollte. Selbstverständlich habe der Richter den Staat anzuerkennen, wie er ist; aber ebenso selbstverständlich sei damit ein Gewissenszwang für den Richter nicht verbunden, er sehe vielmehr in seinem Amte unter dem Schutze der Verfassung, die die Unabhängigkeit dieses Amtes gewährleistete. An dieser Unabhängigkeit dürfe nicht gerüttelt werden.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm und die Länder.

Richtlinien für die Durchführung. Im Reichsarbeitsministerium fanden über das Programm der Reichsregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Besprechungen mit den Vertretern der Landesregierungen statt.

Eingehend erörtert wurde die Verwendung der 100 Millionen Reichsmark, die der Reichsfinanzminister nach den Beschlüssen des Reichstages zur Verstärkung der bisherigen Reichsmittel für die produktive Erwerbslostenfürsorge zur Verfügung gestellt hat. Da dieser Betrag auf dem Anleihebeuge aufgebracht werden soll, muß seine Verwendung für produktive Anlagen unbedingt sichergestellt sein. Die Arbeiten, die aus diesem Fonds gefördert werden, sollen in Bezirken vorgenommen werden, die besonders unter Arbeitslosigkeit leiden. Für die Eingabe der Darlehen, die Reich und Länder für diese Arbeiten gewähren, sind gewisse Erleichterungen in Aussicht genommen. Außerdem soll es in Zukunft auch möglich sein, aus Mitteln der produktiven Erwerbslostenfürsorge öffentlichen Körperschaften für Anleihen, die sie für umfangreiche Hoffdararbeiten von besonderem volkswirtschaftlichen Wert selbst annehmen, eine Zinsverbilligung zu gewähren.

Der Berliner Arbeitsmarkt weiter ungünstig. Die Krise auf dem Arbeitsmarkt nimmt weiterhin

ihren Fortgang. In der letzten Woche ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 1300 Personen gestiegen. Die Gesamtzahl beträgt demnach 278 195 Personen.

Es waren 278 195 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen, gegen 276 917 der Vorwoche. Darunter befanden sich 177 833 (177 909) männliche und 100 326 (99 508) weibliche Personen. Unterfertigung bezogen 136 523 (136 678) männliche und 71 375 (70 427) weibliche, insgesamt 207 898 (207 105) Personen. Außerdem wurde noch an 32 111 (31 931) Personen Erwerbslosenhilfe gezahlt und 3722 (3860) Personen bei Koststandsarbeiten beschäftigt.

Der Fall Stratil-Sauer.

Eine günstige Wendung.

Der Fall des bei einer Forschungsreise durch Afghanistan wegen Tötung eines Eingeborenen festgenommenen deutschen Gelehrten Dr. Stratil-Sauer scheint jetzt eine günstige Wendung genommen zu haben. Aus Simla wird berichtet:

Bei der Verhandlung in Kabul gegen den deutschen Forscher Dr. Stratil-Sauer, gegen den Anklage wegen Ermordung eines afghanischen Landesangehörigen erhoben worden war, spielte sich eine dramatisch bewegte Szene ab, als die Verwandten des Getöteten dem Angeklagten öffentlich Verzeihen. Anmehrer hat sich Dr. Sauer nur noch wegen der Verzeihen gegen die Staatsgewalt zu verantworten.

Stratil-Sauer hatte — wie erinnerlich — bei seiner Forschungsreise in Afghanistan einen Zusammenstoß mit einem Afghanen. Er fuhr auf einem Motorschlitten und begegnete einem afghanischen Reiter, dessen Pferd scheute. Der Afghanen fiel vom Pferde und es entwickelte sich daraus eine Auseinandersetzung, in deren Verlauf Professor Sauer von seinem Revolver Gebrauch machte, weil er sein Leben bedroht glaubte. Der Afghanen wurde tödlich getroffen. Stratil-Sauer wurde wegen dieses Vorfalls in Kabul festgesetzt.

Den Bemühungen der deutschen Regierung und offenbar auch der afghanischen Regierung ist es nun gelungen, die Angehörigen des Getöteten, die in Afghanistan in solchem Falle weitgehende Rechte haben, zu einem Verzicht auf ihre Ansprüche zu bewegen. Man kann annehmen, daß im Gerichtsverfahren, das nun wegen der Verzeihen gegen die Staatsgewalt noch im Gange ist, einer baldigen Freilassung des deutschen Gelehrten nichts mehr im Wege steht.

Poincarés Pläne.

Verlängerung der Wahlperiode um zwei Jahre?

Das Kabinett Poincaré hat bereits mehrere Sitzungen abgehalten, in denen die Regierungserklärung verlesen wurde. Poincaré wird sofort nach ihrer Verlesung am Dienstag die Finanzpläne in der Kammer zur Beratung stellen. Wahrscheinlich wird er sich jeder Interpellation widersetzen und die Abstimmung nur über die Gesamtheit der Gesetze zulassen.

Die Gesetzesvorwürfe erstreckten sich auf eine Abänderung der gegenwärtigen Steuern und auf die Schaffung neuer Abgaben. Die Regierung ist der Ansicht, daß es gelingt, in zwei Wochen die Pläne zur Annahme zu bringen, jedoch etwa am 10. August das Schließungsgesetz, das die Kammer in die Ferien schickt, verlesen werden könnte.

Nach dem „Echo de Paris“ plant Poincaré vor allem auch eine Umortisierung der schwelenden Schuld. Wie das „Journal“ mitteilt, hat Poincaré die Absicht, einen Gesetzesentwurf einzubringen, durch den die Wahlperiode der beiden Parlamente um zwei Jahre verlängert wird. Diese Maßnahme soll den Zweck haben, während drei bis vier Jahren eine Zeit der inneren Ruhe für den finanziellen Wiederaufbau zu schaffen.

Der unbedachte Chamberlain.

Eine Verhöhnungsbild der „Times“.

Ein „Times“-Artikel geht noch einmal ausführlich auf die Abrüstungsfrage ein. Das Blatt gibt zu, daß die Antwort der Chamberlains in die Antwort habe sowohl in Berlin wie in Paris Uebererregung und Unwillen hervorgerufen. Inzwischen habe sich die Antwort des Außenministers nur auf untergeordnete Punkte, die mit

Fragebogenfragen, mit der Stärke der Polizei, mit der Definierung von Kriegsmaterial und mit den halb-militärischen Organisationen im Zusammenhang ständen, bezogen. In diesen vier Punkten sei die Lage nicht gänzlich befriedigend. Von besonderem Interesse sind dann nachstehende Ausführungen über

Die Stellung Seckts:

Früher sei entschieden worden, daß General von Seckt dem Reichswehrminister Gehör untergeordnet werden solle. Normal sei diese Abänderung durchgeführt worden. Aber infolge der starken Individualität des Generals und der formalen Beziehungen, die zwischen ihm und dem Minister beständen, habe die interalliierte Kontrollkommission offenbar immer noch einige Zweifel an der Wirksamkeit der Abänderung. Ihre Zweifel seien wahrscheinlich bei mehr als einer Gelegenheit zum Ausdruck gebracht worden.

Die Frage der deutschen Abrüstung liegt jetzt als eine technisch-militärische Angelegenheit betrachtet werden, die ruhig und unauffällig erledigt werden könne. Allgemein hefte man, daß Deutschland vor Ablauf der nächsten zwei Monate die Kontrolle der Wehrmacht des Völkerbundes einselektiert werde. Technische Angelegenheiten dürften kein internationales Negativum werden.

Die Frankennote des Saargebiets.

Man hatte gehofft, daß nach dem Fortgang des Präsidentenwahl die allgemeinen Verhältnisse im Saargebiet eine gewisse Wendung zum Besseren nehmen würden, man hatte sich von der unparteiischen Haltung des an die Spitze der Regierung berufenen „Kandidats“ so sehr viel versprochen — und muß nun nach Ablauf des ersten Halbjahres des neuen Regimes feststellen, daß die Dinge nicht nur in der gleichen Bahn französischen Vormachtsstrebens und rücksichtsloser wirtschaftlicher Ausbeutung des Saarvolks sich bewegen, sondern auch darüber hinaus willkürliche Handhabung der Gewalt von neuem stark hervortritt. Ohne Mitwirkung und ohne vorheriges Befragen des Landrats hat die Regierungskommission den bisherigen Haushaltsplan zum Beschluß erhoben, sodas der unwürdige Zustand, daß in einem Völkerbundsgebiet ein Volk selbst von der Mitbestimmung seiner Steuerlasten ausgeschlossen wird, aufrecht erhalten bleibt.

Die Wirtschaft leidet unter einer sinnlosen Steuerbelastung, die umso mehr zur Schaffung kritischer Anlagen geben muß, als sich schon herangebildet hat, daß trotz der infolge der Frankennote infolge ungewöhnlichen Steigerung der Ausgaben die Regierung im vergangenen Etatsjahr einen Einnahmenüberschuß von 41 Millionen Franken erzielt hat. Dabei muß zugunsten der französischen Zollbehörde unter stillschweigender Duldung der Regierungskommission ein hoher Prozentsatz der gesamten Zolleinnahmen, man schätzt von 35 Prozent, für Erhebungskosten zurückgehalten.

Diese seit Jahren betriebene vertragswidrige Vergrößerung des französischen Fiskus ist um so unangeleglicher, als dieselbe Regierungskommission den Anteil der Grundverwaltung an dem Haushalt des Saargebiets nur auf rund 7 Prozent festsetzt, obwohl im Verfaller Vertrag ausdrücklich Bestimmungen vorgesehen sind, wonach das Verfalls dieser Summe zu Gunsten der Saarländer gutgeschrieben werden muß. Die allgemeine Mißbilligung der Bevölkerung gegenüber dieser „Trennungsgeliebte“ ist ständig im Wachsen begriffen.

Ganz besondere Erregung hat aber in allen Wirtschaftskreisen die Entwidlung der dem Saargebiet aufgewungenen Frankennote hervorgerufen. Am meisten leiden darunter die Pensionäre und Renteneinnehmer. Seitens der Regierung ist bisher nichts geschehen, um die durch den Frankennote hervorgerufene Notlage der ärmeren Schichten der Bevölkerung zu mildern, obwohl es an Eingaben an die Regierungskommission nicht gefehlt hat. Man fordert insbesondere die Einführung wertbeständiger Löhne und Gehälter, um einer weiteren Verelendung der Arbeitnehmerschaft vorzubeugen.

Die Beschwerden der Saarländer sind aber nicht nur wirtschaftlicher Art. Auch in bezug auf die Franzosierungsbestrebungen ist in der Regierungskommission der Kurs der alte geblieben. Insbesondere hat sie sich dem Fortbestand der französischen Garnisonen gegenüber bisher vollkommen passiv verhalten. Es

Er ließ sich dann noch eine schriftliche Erklärung von Marion geben, daß sie unter allen Bedingungen in eine Scheidung willige, ja diese geradezu wünsche, schärkte ihr ein, möglichst weit fort zu gehen und für jedermann unzufindbar zu bleiben, und sagte, alles übrige sei seine Sache.

Zuletzt bot er ihr nochmal Geld an, worauf Marion nur mit einem bitteren verächtlichen Blick auf die Tür antwortete.

Da ging er.

Gebrochen, tränenlos, starr blickte Marion ihm nach.

Kapitel 20.

„Dieser Schwur ist Ehrensache geworden!“ Wie mit Flamme schrien die Worte unablässig vor Marions geistigen Auge.

Ja, sie mußte es tun. Es gab kein Zurück mehr. Und es geschah um Leo's Glück willen.

In heftigerer Eile schrieb sie jenen Brief, der ohne ihr Wissen Vater und Sohn für ewig trennte und den heftigsten Waiden von allem scheid, was sie ihm hatte erhalten wollten.

Sie verkaufte die Wohnungseinrichtung, entließ die Dienstmädchen, nachdem sie ihnen gesagt, sie müsse nach Chicago reisen, wo sie Verwandte besäße, und verließ schon verabschiedungsgewohnt Stunden später die Stadt.

Aber sie ging nicht nach Amerika, obwohl sie dort in der Tat Verwandte hatte. Sie wandte sich nach einem kleinen Provinzstädtchen, wo sie sich wieder einen Posten als Erziehlerin der Gesellschaftslehre suchte — wogentlich nach Australien. Kein Mensch sollte um ihr Leid wissen, niemand ahnen, wohin sie geraten war. Sie brauchte weder Hilfe noch Mitleid von irgend jemand — so dachte sie.

Da aber geschah etwas höchst Unerwartetes, das all ihre Pläne umstieß: sie übte sich Witter! Diese Entdeckung verlegte sie in namenlossten Schrecken.

Was nun? Eine Flut von Schwärzgerichten stieg vor ihr auf. Sie konnte keinen Posten annehmen. Sie durfte nicht weiter unter falschem Namen leben. Ihr

scheint sogar die Absicht zu bestehen, unter französischer Leitung und hauptsächlichster Heranziehung der Gips-Verarbeiter aufgestellte Gendarmerie- und Polizeitruppen zu bilden, die zunächst neben den Besatzungstruppen Dienst tun sollen. Die Kosten dafür dürfen natürlich die Saarländer aufbringen.

Deutsches Reich.

— Berlin, den 26. Juli 1926.

Gegefährdung der Besatzung durch Militärmärche. Die interalliierte Rheinlandkommission hat ein Verbot für Aufmärsche und Paradezüge erlassen, die durch ihre Aufmachung „militärisches Gepräge“ tragen. Verboden ist danach die Verwendung von Trommel- und Pfeiffertorps, von Musikkapellen, das Zielen von Militärmärchen, ferner gleichmäßige Einteilung in Marschkolonnen, unformmäßige Bewehrung, militärische Begleitung durch Kommandos u. dgl. Es wird ausdrücklich betont, daß das Verbot auch für Aufmärsche, die aus dem unbesetzten Gebiet kommen. Verstöße werden mit Strafverfolgung der verantwortlichen Leiter bedroht. Die Militärbefehlsstellen können in besonderen Fällen Abweichungen von dem grundsätzlichen Verbot zu lassen.

Polizeipräsident Kirchner in den einflussreichen Ruhestand versetzt. Wie die Pressestelle des Polizeipräsidenten Altona-Bandseel mitteilt, ist Polizeipräsident Kirchner unter Gewährung des geistlichen Wartegeldes in den einflussreichen Ruhestand versetzt worden.

Anschlußkündigung im Reichstag. Zu Ehren des Wiener Buchdrucker-Gesangsvereins „Tyrographia“ fand unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Lohse ein Empfang im Reichstag statt. Nach Begrüßungsworten Lohses hielt Nationalrat Kibick eine Ansprache, die mit dem Aufschluß: „Es lebe der Anschluß, es lebe die groß-deutsche Republik.“ Eine Reihe von Gesangsvorträgen der Wiener und auch der Berliner Sänger gehörten die Veranstaltung, die sich zu einer eindrucksvollen österreichisch-deutschen Anschlußkündigung gestaltete.

Schiedspruch für den oberösterreichischen Steinkohlenbergbau. In dem Arbeitszeit-, Lohn- und Manteltarifstreit im oberösterreichischen Steinkohlenbergbau wurde im Reichsarbeitsministerium ein Schiedspruch gefällt, der das Mehrarbeitsabkommen über den 1. August hinaus mit der Maßgabe verlängert, daß über die achte Stunde hinaus geleistete Arbeit der Untertagearbeiter mit einem besonderen Zuschlag abgepoliert wird. Ferner sollen für einzelne weitere Arbeitergruppen Lohnaufbesserungen eintreten. Im übrigen ist die Lohnordnung wie auch der Manteltarifvertrag wieder in Kraft gesetzt worden. Die Erklärungsschrift über die Annahme des Schiedspruchs läuft bis zum 27. Juli.

Hamburg. Reichsflagler a. D. Dr. Luther hat am 21. Juli mit dem Dampfer „Mugla“ eine Südamerikareise angetreten, die ihn zunächst nach Trinidad und Venezuela führt.

Dresden. Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik ist die in Dresden erscheinende kommunizistische Zeitung „Arbeiterstimme“ auf die Dauer von zwei Wochen wegen schwerer Verleumdung und Schmähung des Reichspräsidenten durch ein Gebot verboten worden.

Auslands-Rundschau.

Verchiebung der englischen Reichskonferenz?

Der amtliche englische Funkpruch meldet: Die kanadische Regierung hat die englische Regierung ersucht, die auf den 5. Oktober festgesetzte Reichskonferenz in London um 14 Tage zu verschieben, da sie wegen der bis zum erkrankten Termin noch nicht übersichtlichen Parlamentswahlen die Konferenz nicht in entsprechender Weise beschiden könnte. Die englische Regierung hat dieses Ersuchen den anderen Dominions weitergegeben, deren Stellungnahme gewünscht wird.

Kenal. Nach langen Bemühungen ist es jetzt dem bisherigen Staatsältesten gelang, ein neues Kabinett auf der Grundlage einer Rechtskoalition zustande zu bringen.

Warschau. Die polnische Regierung hat die Militärattachés in Berlin, Moskau, Rom, London und Tokio abberufen.

Kind mußte doch getauft werden...! Nicht einmal werden durfte sie nun, wenn die Verzweiflung über ihr verlorenes Glück sie packte, wie zuweilen in den letzten Wochen, wo ihr dieses Ende als etwas Tröstliches verlockend vorkam. Und welche Zukunft erwartete dieses arme Kind?

In dumpfen Jammer lebte sie dahin, unablässig darüber nachgrübelnd, was sie tun sollte? Denn so viel wurde ihr nun klar: Irrenden Menschen mußte sie ins Vertrauen ziehen. Sie brauchte einen Berater. Sie brauchte auch jemand, der ihre Wünsche in Bezug auf das zu erwartende Kind ausführte, falls sie selbst keine Geburt nicht überlebte. Und eine Ahnung sagte ihr, dies werde der Fall sein. Sie fühlte, wie ihre Kräfte von Tag zu Tag abnahmen, wie aller Wille und aller Mut zum Leben in ihr erstarben waren. Sie sehnte sich nur nach Ruhe, nach Vergessen, nach dem Tode...

Nicht einmal der Gedanke an das Kind konnte mehr Freude in ihr erwecken.

In diesen Tagen dachte Marion an all ihre Verwandten und erwoog, wenn sie ins Vertrauen ziehen sollte. Sie besaß eine Kusine in Chicago, zwei Tanten und mehrere Vettern in Wille und einen Kusine zweiten Grades in Desterreich. Seine und ihre Großmutter waren Schwwestern gewesen. Er hieß Bernhard Hellreit und war Arzt in Böhmen. In früheren Jahren, als Marions Eltern noch lebten, war er ein paarmal in Wille zu Besuch gewesen. Später, als sie selbst nach Desterreich kam, sah sie sich wieder zweimal süßlich in Wien. Sie wußte, daß er verheiratet war, kannte aber keine Frau nicht. Von Zeit zu Zeit schrieb sie einander. Von ihrer Vermählung wußte er noch nichts. Aber nun lehrte ihre Gedanken immer wieder zu ihm zurück.

Er war ernst und schweigsam. Er war gütig, warmfühlend und Idealist. Marion hatte immer das Gefühl gehabt, er sei ein Mann, auf dessen Wort man Gehör bauen könne. Er würde schwärzen...! Und nun, was sie von ihm verlangte... So überlebte sie in aller Stille nach Brad, das in der Nähe von Böhmen lag.

(Fortsetzung folgt.)

Ueber den Ozean.

Roman von Erich Ebenstein.

Copyright by Greiner & Co., Berlin B. 30.
Nachdruck und Uebersetzungsrecht in fremde Sprachen vorbehalten. (Nachdruck verboten.)

47. Fortsetzung.

Marion, betäubt, vernichtet von all dem, was sie gehört, wies jede Entschädigung mit Entrüstung von sich, willigte aber in den Verzicht.

Das Wort des Grafen: „Wenn Sie ihn wahrhaft lieben, dann verschwinden Sie freiwillig aus seinem Leben. Keine Liebe währt ewig und er selbst wird Ihnen das Opfer eines Tages am heißesten danken!“ brannte wie Feuer in ihrer Seele.

Sie hatte ihn glücklich machen wollen. Es schien ihr selbstverständlich, zu gehen, wenn die Verbindung mit ihm kein Unglück war. In dieser Stimmung wurde es dem Grafen leicht, ihr begrifflich zu machen, daß das Opfer nur dann zweckentsprechend durchgeführt werden könne, wenn sie Leo ihren Entschluß selbst als unüberwindlich mitteilte und, ohne ihn wiederzusehen, aus seinem Gesichtskreis verschwinde.

„Natürlich nicht so wie das erste Mal“, fügte er mitläufig hinzu, daß Leo Sie mit leichter Mühe wiederfindet und im Triumph zurückführt.“

Dieser spöttische indirekte Vorwurf weckte in der armen Marion den Stolz des Weibes, das immer das Beste gewollt hat und sich schmählich verkannt sieht.

„Ich schwöre Ihnen, daß er mich nicht wieder finden soll!“ sagte sie, sich hochaufrichtend, worauf der Graf mit demselben malitösen Wächeln bemerkte: „Ich nehme Ihren Schwur an, obwohl ich im allgemeinen von Frauen Schwüren nicht viel halte. Aber dieser ist nun wohl Ehrensache für Sie geworden. Ueber Leo brauchen Sie sich keine Sorge zu machen. Er ist mein Sohn und wird Josephs sterben nicht an Liebeskummer. Er wird zuerst wüten, dann auf Reisen gehen und in ein oder zwei Jahren die Fürstin Widal betrauen.“

Mellons Ferienreise.

Der zurzeit in Paris weilende amerikanische Schachmeister Mellon erklärte Pressevertretern, dass alle Meldungen und Gerüchte über Verhandlungen zwischen ihm und dem Gouverneur der Bank von England nicht den Tatsachen entsprechen.



André Tardieu,

Minister der öffentlichen Arbeiten im Kabinett Poincaré, einer der meist genannten französischen Parlamentarier.

Schlussdienst.

Das Wetschwimmen „Quer durch Berlin“.

Berlin, 26. Juli. Bei dem diesjährigen Wetschwimmen „Quer durch Berlin“ wurden von vier Dötter mit 48 Min. 29. Sek. und Fräulein J. in m e r m a n n mit 57 Min. 16. Sek. neue Rekorde aufgestellt.

Verbot einer wöchentlichen Wochenchrift.

Hannover, 26. Juli. Oberpräsident Röske hat die wöchentlich erscheinende Wochenchrift „Der Sturm“ in Hannover (Verlag Georg Quindel) auf zwei Monate verboten.

Zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Erfeld, 26. Juli. Das erweiterte Schöffengericht verurteilte den 26 Jahre alten Arbeiter Heinrich Schaub aus Remscheid, der vom August 1922 bis zum November 1925 im bergischen Land eine große Reihe verwegener Einbrüche und Diebstähle und mehrere Raubüberfälle begangen hatte.

Die alten Reichsfarben im besetzten Gebiet erlaubt. Trier, 26. Juli. Auf Anfrage bei den zuständigen Ämtern im besetzten Gebiet, in welchem Besatzgebiet die Bestimmung 308 der Rheinlandsverordnung alle früheren Flaggenverordnungen aufgehoben seien.

Ein Urteil des Besatzungsrichters. Trier, 26. Juli. In der Nähe von Straßhof wurde ein mit ihrem Vater auf dem Felde arbeitendes 15jähriges Mädchen durch eine aus einem Flugzeug abgeworfene Bombe getötet.

Die deutsche Note wegen Gernerksheim. Paris, 26. Juli. Die Note, die der deutsche Vorkommissar von Hoepf über die Vorgänge in Gernerksheim am Duai d'Oray überreicht hat, fordert in sehr entschiedener Form die Befreiung der schuldigen französischen Soldaten.

Deutscher Seeflug 1926. Hamburg, 26. Juli. Am deutschen Seeflugwettbewerb 1926 begann der über vier Tage verteilte Küstenfliegenflug.

Südafrika 12 Grad Kälte. Johannesburg, 26. Juli. Nach einer über London eingegangenen Meldung waren in Südafrika 12 Grad Kälte zu verzeichnen.

Küchle der Kronprinzen Carol? Belgrad, 26. Juli. Wie die „Nowosti“ meldet, kehrt der Kronprinz Carol nach Rumänien zurück, da die Ausöhnung mit dem König zur Tatsache geworden sei.

Belgrad, 26. Juli. Wie die „Nowosti“ meldet, kehrt der Kronprinz Carol nach Rumänien zurück, da die Ausöhnung mit dem König zur Tatsache geworden sei.

Belgrad, 26. Juli. Wie die „Nowosti“ meldet, kehrt der Kronprinz Carol nach Rumänien zurück, da die Ausöhnung mit dem König zur Tatsache geworden sei.

gierung Werescu habe großes Gewicht darauf gelegt, den in Rumänien sehr beliebten Kronprinzen zur Rückkehr zu bewegen.

Bernard Shaw 70 Jahre.

London, 26. Juli. Am heutigen Tage begeht der englisch-irische Dichter Bernard Shaw seinen 70. Geburtstag.

Aufsturz in Mexiko.

London, 26. Juli. Wie aus Mexiko gemeldet wird, hat die mexikanische Regierung den Religionsunterricht in den mexikanischen Schulen verboten.

Amisbezirk Birkenwerder

Weiter für Dienstag. Jemlich kühl, unbeständig, stichweisse leichte Regenschauer. Montag 11 Uhr 19 Grad.

Der verregnete Sonntag hatte alle auf ihn gestellten Hoffnungen zunichte gemacht. Erst am Nachmittage hatte sich das Wetter etwas gebessert, jedoch der Regen ließ ziemlich ruhig.

Die Berliner haben Interesse an dem neuen Kraftpostverkehr! In der Sonntagsnummer der Berliner Morgenpost finden wir folgendes Eingelassen: Wann fährt die Post?

Ein Autounfall ereignete sich am gestrigen Sonntag gegen 12 Uhr nachts. Ein Herr Fabrikdirektor Blaubauch aus Belten gehöriger Personennagen, der vom Fahrer selbst geteuert wurde, kam in schnellem Tempo aus Hohen Neuendorf und bog in die Brise-Allee ein.

Der Birkenwerder Schwimm-Club 1913 e. V. beteiligte sich am Sonntabend an dem vom G. A. I. (Berliner Schwimmverband) des deutschen Schwimmverbandes veranstalteten traditionellen Wetschwimmen „Quer durch Berlin“.

Der Birkenwerder Schwimm-Club 08 hielt am Sonntabend im Restaurant Rodewald eine außerordentliche Versammlung ab, um für die kommenden Verbandsspiele die Mannschaften aufzustellen.

Der Wetschwimmer des Birkenwerder Schwimm-Club 08 hielt am Sonntabend im Restaurant Rodewald eine außerordentliche Versammlung ab, um für die kommenden Verbandsspiele die Mannschaften aufzustellen.

Der W. A. V. „Friesen“, der sich am gestrigen Sonntag an dem 7. Bezirksschwimmfest des 4. Bezirks in Dersdorf beteiligte, konnte bei der 4:50 m Bruststaffel für Turnerinnen den zweiten Platz belegen.

Berliner Friesen-Spandau, Friesen-Birkenwerder, M. A. B. Hohen Neuendorf und L. u. Sp. B. Spandau. Den Sieg errang B. F. F. Friesen-Spandau, der jedoch nicht zu dem Bezirks-, sondern zu dem Gau-Bereinen gehört.

Vorgsdorf. Die Kreischauffee, die von der Berliner Chauffee zum alten Dorf führt, befindet sich seit Jahren in einem außerordentlich bösen Zustande.

Vorgsdorf. Ein farbenfrohes Bild, das sich am gestrigen Sonntag an der Abgabe dem Auge bot. Den Rand der grünen Äuel umfäumend weidmüßige Angler, ganz im Grünen eine Musikkapelle mit blühenden Instrumenten und überall die erwartungsfreudige Menge der Zuschauer.

Amisbezirk Hohen Neuendorf

Erstes Wetschwimmen über 1000 Meter der Berliner Sportvereineigung Dicoonto-Gesellschaft. Am gestrigen Sonntag, nachmittags 2 Uhr, hielt die Sportvereineigung Dicoonto-Gesellschaft im Hohen Neuendorf ihr erstes Wetschwimmfest.

Die Postamtlinie, welche am gestrigen Sonntag zum ersten Male Probeeisen zwischen Havel und Bahnhof verkehrte, wurde wohl benutzt, aber hat trotzdem die Post in ihren Erntearbeiten enttäuscht.

Der Männerturnverein, beteiligte sich äußerst zahlreich an dem Bezirksschwimmfest in Dersdorf, doch sind ihm leider keine Erfolge beschieden gewesen.

Der Dampfer „Erna“ unternimmt am Dienstag eine Extrafahrt nach Potsdam und am Donnerstag eine solche nach dem Werbellinsee.

Immer noch mehr Frauen als Männer. Bereits vor dem Kriege überzog das weibliche Geschlecht. Damals trafen auf 1000 Männer 1029 Frauen.

Ein der Folgen eines Mäckenstiches gestorben. Bei der Frau des ehemaligen Gemeindevorstandes Reich in Wildesdorf im Kreise Zülchow-Schwiebus stielte sich als Folge eines Mäckenstiches in die Lunge eine schwere Blutvergiftung ein.

Aus dem Amisbezirk Schönfließ.

Wegfelle. Wie wir berichteten, wurde am Freitag eine Frauenteiche aus dem Lehnigsee geboren. Die Unbekannte ist nun als eine 70 Jahre alte verra. Frau Zuber aus der Wilhelmstraße festgesetzt worden.

